



Bürgerwillen endlich ernst nehmen

Offene Grenzen und eine nach wie vor dramatisch hohe illegale Einwanderung führen in vielen in unserem Land zu einer Akzeptanz- und Unterbringungskrise. Anstatt die legitimen Interessen der Bürger ernst zu nehmen und nach Berlin zu tragen, verweist die Landesregierung regelmäßig auf die Alternativlosigkeit ihrer Politik und ignoriert die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort.

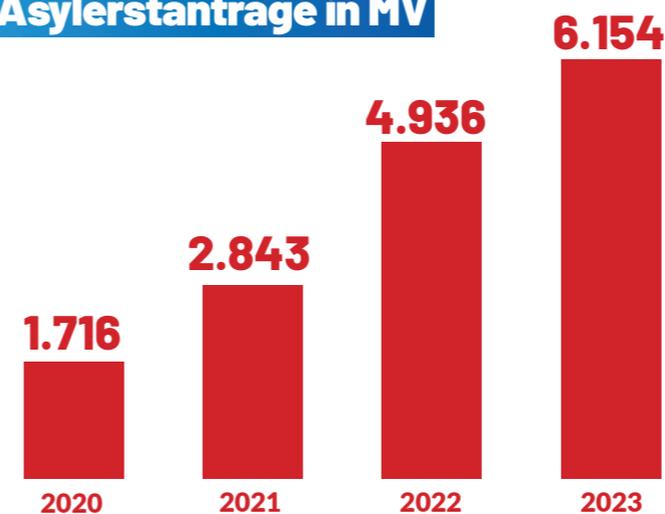
Die Antwort auf die demographische Krise kann nicht länger noch mehr Zuwanderung lauten. Wir brauchen ein Umdenken hin zu einer Politik, die den Primat auf den Erhalt der eigenen kulturellen Identität lenkt und damit den sozialen Frieden und den Wohlstand in unserem Land sichert. **Für die AfD-Fraktion muss Migration dosiert, kontrolliert und planvoll sein.** Migrationspolitik muss neben ökonomischen Kriterien auch die kulturelle Belastungsfähigkeit der Gesellschaft berücksichtigen.

Die Stimmungslage in der einheimischen Bevölkerung lässt keinen Zweifel daran, dass die Menschen einen migrationspolitischen Paradigmenwechsel einfordern. Mehr als die Hälfte gibt bundesweit an, dass sie fürchten zur Minderheit im eigenen Land zu werden. **Zwei Drittel sehen durch die Massenzuwanderung eine massive Belastung des Bildungssystems und 79% fordern in unserem Bundesland einen Aufnahmestopp von weiteren Migranten.** Dieses Meinungsbild muss die Politik endlich ernst nehmen und entsprechend handeln.



79% wollen einen **Aufnahmestopp**

Asylerstanträge in MV



Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik

Das derzeitige Asylsystem ist dysfunktional und gleicht einer Lotterie. Finanzielle Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkriminalität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer. Die meisten dieser Migranten begeben sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa.

In den letzten Jahren haben sich die jährlichen Asylerstanträge in Mecklenburg-Vorpommern fast vervierfacht. Die Zahl der illegalen Einreisen hat sich zwischen 2022 (674) und 2023 (1667) mehr als verdoppelt. Der Kontrollverlust an unseren Grenzen lässt den Staat machtlos und handlungsunfähig erscheinen und sendet somit falsche Signale und Fehlanreize, die weitere Migranten zusätzlich animieren nach Deutschland zu kommen. **Jeder gelungene illegale Grenzübertritt motiviert weitere Nachahmer und löst entsprechende Kettenreaktionen aus.**

Solange ein dauerhafter und wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen fehlt und die untaugliche überstaatliche Rechtslage fortbesteht, muss Deutschland die Kontrolle der Grenzen und die Unterbindung illegaler Grenzüberschreitungen vorerst selbst in die Hand nehmen.



DAS BOOT IST VOLL!

ASYLCHAOS STOPPEN!



FRAKTION IM LANDTAG
MECKLENBURG-VORPOMMERN

KONTAKTIEREN SIE UNS JETZT!

- www.afd-fraktion-mv.de
- kontakt@afd-fraktion-mv.de
- @AfDFraktionMV
- @afdfraktion_mv
- @AfDFraktionMV



Jan-Phillip Tadsen

Migrationspolitischer Sprecher

Kriminalität und soziale Spannungen

Die Integrationsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns wurde in den letzten Jahren vor allem in den größeren Städten des Landes überstrapaziert. Durch die in die Irre führenden Sonntagsreden der Regierung und aufgrund des permanenten illegalen Zustroms auf hohem Niveau wird unsere Gesellschaft schon jetzt und absehbar noch stärker auf eine harte Probe gestellt.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik muss eine Gesellschaft vorfinden, in der die Fähigkeit zur Aufnahme und Eingliederung rein quantitativ ein realistisches Szenario darstellt.

Die Bürger sind tagtäglich mit den Folgen dieser fatalen Politik konfrontiert. Sie werden unmittelbar in die Verteilungskonflikte um Wohnraum und den Zugang zum Bildungssystem hineingestellt. Zusätzlich wird der Verlust der öffentlichen Ordnung und Sicherheit immer spürbarer. Die Zahl nicht-deutscher Tatverdächtiger (ohne aufenthaltsrechtliche Straftaten) erreichte in **2023 mit 7.968 einen neuen Rekordwert**. Zum Vergleich: im Jahr 2014 waren es nur 3.691 nicht-deutsche Tatverdächtige. Für diese Entwicklung mit Jahr um Jahr Tausenden von Opfern ist die Politik der Altparteien in Bund und Ländern verantwortlich. Jede Woche gibt es **in unserem Bundesland durchschnittlich 10 Messerangriffe**. Ein Tatmittel, welches insbesondere unter bestimmten Migrantengruppen häufig zum Einsatz kommt.

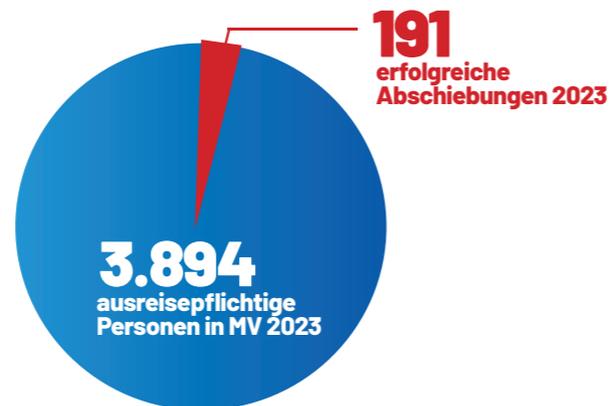
Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.



328.767€
Asylkosten pro Tag in MV



10
Messerangriffe pro Woche in MV



Abschiebungen konsequent durchsetzen

Im vergangenen Jahr **scheiterten erneut fast 60 Prozent aller Abschiebeversuche in Mecklenburg-Vorpommern**. Es zeigt sich ein deutliches Missverhältnis zwischen 3.894 ausreisepflichtigen Personen in MV bei gleichzeitig nur 191 erfolgreichen Abschiebungen.

Die massiv scheiternde Durchsetzung der Ausreisepflicht ist ein seit Jahren bekanntes Problem in unserem Bundesland. Die vollkommen unzureichende Reform des Bundes in dieser Frage wird jedoch kaum etwas an den miserablen Zahlen ändern. Insbesondere die neue Regelung zu Pflichtverteidigern für Asylbewerber könnte das Problem des Abtauchens verschärfen.

Wir brauchen endlich eine Politik der Remigration, die Fehlanreize zur Einwanderung abstellt und die operativen und strukturellen Voraussetzungen für konsequente Rückführungen innerhalb der Behörden und der Verwaltung sicherstellt.

Eine freiwillige Ausreise ist besser als eine Abschiebung. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann – gegebenenfalls durch Gewährung einer einmaligen Starthilfe – zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden.



Unsere Lösungen

- ▶ Stationäre Grenzkontrollen und Zurückweisungen.
- ▶ Strikte Anwendung des Sachleistungsprinzips für Asylbewerber.
- ▶ Veto-Recht für Kommunen bei Flüchtlingsunterkünften
- ▶ Aufbau einer landeseigenen Ausreisereinrichtung.
- ▶ Installation eines Landesrückführungsbeauftragten.
- ▶ Ausbau und Förderung von Rückkehrberatungsstellen.
- ▶ Ausweitung der Abschiebehaftkapazitäten.
- ▶ Ausweitung der sicheren Drittstaaten. Abschiebungen auch nach Syrien und Afghanistan!
- ▶ Strafverschärfung des Tatbestandes der Menschenschlepperei.
- ▶ Aussetzung des Familiennachzugs.
- ▶ Kein Einbürgerungsanspruch. Restriktiver Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft.

Gemeinsam Druck machen!

Im Parlament und auf der Straße kämpfen wir als AfD-Fraktion für eine andere Migrationspolitik in unserem Land und stehen damit an der Seite jener Bürger, die in Sicherheit und Wohlstand unser schönes Land bewahren wollen. Wir sorgen für Öffentlichkeit und politische Aufklärung, wenn Landräte und die Landesregierung mal wieder Asylunterkünfte an den Bürgern vorbei entscheiden. Wir zeigen das wahre Ausmaß und die entsprechenden Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung.

Doch auch Sie als Bürger sind nicht machtlos. Gemeinsam können wir politischen Druck aufbauen und die Verantwortlichen direkt vor Ort konfrontieren.

- ▶ Einwohnerversammlung besuchen und Fragen stellen.
- ▶ Einwohnerfragestunde der Gemeinde nutzen.
- ▶ AfD Fraktion im Landtag kontaktieren. Landtagsabgeordnete können die Landesregierung befragen.
- ▶ Bürgerbegehren starten.
- ▶ Gemeindevertretung kann Einwohner anhören. Dazu Gemeindevertreter ansprechen.